



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

**An die
Medien**

15.04.05

Jugendamt schafft Fakten ohne Beschluss: Eltern stehen mit leeren Händen da

Presseerklärung

Nach der Spardevisen für die Horte, die OB Langemeyer bei der Sitzung des Verwaltungsvorstands am letzten Dienstag herausgegeben hat, weigert sich das Jugendamt nunmehr, Anmeldungen der Eltern für Hortplätze zum Schulbeginn am 2. September entgegen zu nehmen. Damit produzieren sie für die Eltern ein Desaster. Unmöglich wird es den Eltern sein, vom jetzigen Zeitpunkt an - Mitte April - bis zum Schuljahresbeginn ihr akutes Betreuungsproblem zu lösen. Für den Wegfall der dann nicht mehr wiederbesetzbaren Hortplätze in Kindertagesstätten wird bis dahin kein angemessener Ersatz in Schulbetreuungsangeboten geschaffen werden können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten das Vorgehen des Jugendamtes für rechtlich fragwürdig und für die Betroffenen unzumutbar. Wenngleich der Rat beschlossen hat, eine sogenannte Infrastrukturrevision durchzuführen, ist der vom Jugendamt gefahrene Kurs weder durch eine Entscheidung der zuständigen Gremien, insbesondere des Kinder und Jugend-Ausschusses, noch durch einen Ratsbeschluss gedeckt.

„Das Jugendamt überschreitet hier seine Kompetenzen“, meint Wolfram Frebel, jugendpolitischer Sprecher der Fraktion, „und stellt Eltern vor ein unlösbares Problem. Ohne das Angebot der dringend benötigten Hortplätze können zahlreiche erwerbstätige Eltern und insbesondere Frauen nicht mehr einer ganztägigen Berufstätigkeit nachgehen. Das Ansinnen der Jugendamtsverwaltung, Hortplätze ad hoc durch Betreuungsplätze an den Grundschulen ersetzen zu können, ist wirklichkeitsfremd, besonders da bereits jetzt der Bedarf an schulischer Betreuung nicht gesichert werden kann. Hier werden auch die Elternvereine mit einer zusätzlichen Aufgabe konfrontiert, ohne dass die Stadt auch nur vorher mit ihnen in Kontakt getreten wäre, um zu prüfen, ob diese Aufgabe von den Eltern umgesetzt werden kann.“



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Eltern werden mit der Weigerung des Jugendamtes, bereits getätigte Anmeldung zu bearbeiten und zu berücksichtigen, in eine unmöglich Situation gebracht: Das Anmeldeverfahren für die Grundschulen begann im November letzten Jahres, wobei jede Grundschule ein eigenes Anmeldedatum hat. Bei der Aufnahme der Daten des Kindes wird von der Schule auch jeweils der Schul-Betreuungsbedarf abgefragt. Zum Zeitpunkt der Anmeldungen haben alle Eltern, die für ihr Kind einen Hortplatz in einer Kindertagesstätte wünschten, solchen Bedarf verneint. Sie gingen mit Recht davon aus, dass ihre Bewerbung erfolgreich realisiert wird, wenn ihnen die Einrichtungsleitungen oder das Jugendamt entsprechende Platzkapazitäten in Aussicht stellten.

Dazu Wolfram Frebel: „Wir werden das fragwürdige Vorgehen des Jugendamtes prüfen lassen. Die Infrastrukturevision ist kein Freibrief. Jede von der Verwaltung vorgeschlagene Maßnahme muß politisch diskutiert und bewertet werden. Es geht nicht an, dass im Hauruckverfahren dringend erforderliche soziale Infrastruktur zerstört wird. Diese ist unabdingbar für die Erziehung und Bildung von Kindern sowie für die Erwerbstätigkeit ihrer Eltern. Die ganze Diskussion um die Konsequenzen aus der PISA-Studie macht keinen Sinn, wenn die bisher schon nicht ausreichende Angebote für pädagogische Betreuung dessen ungeachtet zerschlagen werden.“